



Klarsicht

Egerkinger Komitee | Oktober 2023

Rücktritt aus dem Nationalrat 2

Mit der Umsetzung des Verhüllungsverbots wird Walter Wobmann ein besonderes «Abschiedsgeschenk» gewährt.

Fakten zur Islamisierung Europas 3

Moscheenfinanzierung, Muezzinrufe, Demografie: eine Lagebeurteilung zur laufenden Islamisierung Europas.

Politischer Islam 4

Unterwanderungs-Strategie und «Cancel Culture»: Grundsteine für die Ausbreitung des politischen Islams.



**2,5 Jahre nach Volksentscheid:
Verhüllungsverbot endlich umgesetzt**

Egerkinger
Komitee

Am 29. September 2023 haben National- und Ständerat in der Schlussabstimmung dem Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot zugestimmt. Damit wird die eidg. Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» auf Gesetzesebene umgesetzt. Das Parlament hat sich damit klar für eine Lösung auf nationaler Ebene und gegen 26 kantonale Einzelregelungen ausgesprochen.

Das Egerkinger Komitee begrüsst, dass der Volksentscheid nun – mehr als zweieinhalb Jahre nach der Volksabstimmung vom 7. März 2021 – endlich umgesetzt werden kann. Die Umsetzung hat sich so lange verzögert, weil Gegner der Initiative mit mehreren Manövern immer wieder versucht haben, eine wortgetreue Umsetzung zu verhindern.

Weiterlesen auf Seite 2

Bundesgesetz über ein Gesichtsverhüllungsverbot

So wird die Initiative umgesetzt

Mit dem Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts wird religiös motivierte Verhüllung (Burka, Niqab) im öffentlichen Raum verboten. Betroffen sind auch Hooligans oder gewalttätige Demonstranten, die sich verummnen. Zuwiderhandlungen werden mit maximal Fr. 1'000.- gebüsst.

Erlaubt bleibt die Verhüllung des Gesichts in Sakralstätten, an der Fasnacht (einheimisches Brauchtum), zum Schutz vor klimatischen Bedingungen oder zum Gesundheitsschutz. Ebenso gelten Ausnahmen für künstlerische und unterhaltende Darbietungen und für Werbezwecke (z.B. Maskottchen).

Entgegen dem Willen des Egerkinger Komitees können Behörden Verhüllungen ausserdem an Demonstrationen bewilligen, wenn diese zur Ausübung der Grundrechte der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit oder zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit notwendig sein sollen.

Der Ständerat stimmte dem Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts in der Schlussabstimmung vom 29. September 2023 mit 35 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. Der Nationalrat stimmte der Vorlage mit 163 Ja- zu 31 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. ■

► Die Gesetzesvorlage zum Gesichtsverhüllungsverbot im Wortlaut: [fedlex.admin.ch](https://www.fedlex.admin.ch)

Rücktritt nach 20 Jahren im Nationalrat

«Abschiedsgeschenk» für Walter Wobmann



Nach 20 Jahren im Nationalrat verabschiedet sich Walter Wobmann im Herbst 2023 aus dem Parlamentsbetrieb zu Bundesbern. Der Solothurner mit Entlebucher Wurzeln darf auf eine bewegende Polit-Karriere zurückblicken, die vom Parlament just an seinem letzten «Arbeitstag» mit einem Geschenk der besonderen Art gekrönt wurde.

Zum Finale der Herbstsession stimmten National- und Ständerat in der Schlussabstimmung dem Bundesgesetz über ein Gesichtsverhüllungsverbot zu – dem Umsetzungsgesetz zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot». Und das erst noch in seinem Sinne!

Gegen Burkas und Minarette

Walter Wobmann war das Gesicht der Verhüllungsverbots-Initiative, die von Volk und Ständen am 7. März 2021 angenommen wurde. Wie ein Löwe hat er sich für diesen «zweiten grossen Wurf» des Egerkinger Komitees eingesetzt und bis zum Schluss für eine wortgetreue Umsetzung des Volkswillens gekämpft. Mit dem Egerkinger Komitee, das er 2006 zusammen mit Ulrich Schlier gegründet hatte, erzielte er 2009 schon für die Initiative «gegen den Bau von Minaretten» eine Volksmehrheit – gegen das gesamte Establishment.

Walter Wobmann ist ein Anpacker. Ein durch und durch volksnaher und bodenständiger Milizpolitiker, der die Volksseele spürte wie nur wenige. Er widerspiegelt jenen leider immer seltener gewordenen Politiker-Typus, der auch bei hartem Gegenwind zu seiner Meinung steht und für eine Sache auch dann eintritt, wenn die meisten anderen sich deswegen nicht «die Hände schmutzig machen» wollen. Das Schweizervolk hat Walter Wobmanns glaubwürdige Politik immer wieder honoriert, wie seine einzigartigen Urnen-Erfolge bewiesen haben.

Weiterhin Präsident des Egerkinger Komitees

Der Vorstand des Egerkinger Komitees dankt Walter Wobmann aufrichtig für seinen jahrelangen Einsatz für unser Land. **Wir sind froh, dass Walter auch nach seinem Rückzug als Nationalrat dem Egerkinger Komitee als Präsident erhalten bleiben wird.** ■

Aktuelle Lagebeurteilung

Islamisierung Europas: Wo stehen wir?

Der politische Islam breitet sich in Europa kontinuierlich aus. Westliche Grosstädte erlauben den Muezzinruf, das deutsche Staatsfernsehen ZDF spricht vom Hijab «als Symbol der Freiheit» und wer diese Entwicklungen öffentlich kritisiert, muss mit Morddrohungen rechnen.

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung kommt zum Schluss, dass sich der Islam in Europa weiterhin ausbreitet. Verantwortlich für den starken Zuwachs an Muslimen ist einerseits der Zustrom von Arbeitsmigranten und Flüchtlingen aus arabischen und afrikanischen Ländern. Andererseits bekommen Musliminnen deutlich mehr Kinder als Nicht-Musliminnen. So gibt es z.B. in der österreichischen Stadt Linz bereits mehr muslimische als katholische Schüler. Dies stellt Schulen vor erhebliche Herausforderungen.

In einem Bonner Gymnasium setzten muslimische Schüler ihre Mitschülerinnen unter Druck, sich islamisch korrekt zu kleiden (weltwoche.ch, 17.06.2023). «Die Welt» berichtete von einem 9-Jährigen, der von seinen Mitschülern belehrt wurde, das islamische Glaubensbekenntnis zu sprechen. Noch prekärer ist das Machtverhältnis zwischen der muslimischen und europäischen Bevölkerung in Staaten, in denen die muslimische Bevölkerung noch stärker vertreten ist. In Belgien und Frankreich ist eine Parallelgesellschaft bereits Realität.

«Salamitaktik»

Die Islam-Wissenschaftlerin Florence Bergeaud-Blacker schrieb in der «NZZ», dass Brüssel den Kampf gegen den Islamismus «bereits verloren» habe. Keine politische Partei könne dort die Wahlen ohne die muslimischen Wähler gewinnen. Trotzdem sei die muslimische Bevölkerung noch zu schwach, um die Scharia (islamisches Recht) im grossen Stil durchzusetzen. Folglich werde systematisch das Ziel verfolgt, die Gesellschaft unter dem Deckmantel der «Toleranz» Scharia-kompatibel zu machen, schreibt die Forscherin. Denn viele Muslime vertreten die Ansicht, dass die Europäer ihre Sicht auf die Auslegung des Islams ändern müssten und nicht umgekehrt sie selber.

Die politischen Verantwortungsträger in der Europäischen Union stellen sich weiter taub. Die EU will sich als «tolerant» präsentieren und unterstützt Projekte finanziell, die gegen angebliche Islamophobie ankämpfen würden. Der Sportartikelhersteller Adidas springt



Europa wird zu «Eurabia» (Bildmontage: Egerkinger Komitee)

auf denselben Zug auf und startete im Frühjahr 2023 eine Kampagne, die muslimische Sportler dazu ermuntern soll, den Ramadan und das Sporttreiben zu kombinieren. Auch die deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ARD und ZDF schlugen in dieselbe Kerbe und stellten den Hijab (Form der muslimischen Kopfbedeckung) in einer Sendung als «Symbol der Freiheit» dar. Ein Blick in den Iran würde reichen, um festzustellen, wie diese vom ZDF propagierte «Freiheit» tatsächlich von vielen Frauen angesehen wird. ■

- ▶ **Stopp dem Völkermord an den christlichen Armeniern in Berg-Karabach!**
- ▶ Unterschreiben Sie die wichtige Petition der EDU Schweiz: www.fuer-gerechtigkeit.ch



**Rettet Berg-Karabach:
Bundesrat Cassis und
Migros, handeln Sie!**

Bau neuer Moscheen in der Schweiz

Unterwanderungs-Strategie der Golfstaaten und Co.

Recherchen des «Sonntagsblicks» vom Januar 2023 deckten erneute Vorstösse autoritär-muslimischer Staaten auf, die darauf abzielten, in der Schweiz neue Moscheen zu errichten. So sollen beispielsweise in Biel, Neuenburg und Freiburg neue Moscheen gebaut werden, die der Golfstaat Kuwait finanziert. Dabei werden ausgeklügelte Verschleierungstaktiken angewandt: Schweizer Stiftungen erhalten Millionenbeträge, damit diese die Bauprojekte vor Ort umsetzen können.

Federführend für den Bau von aus dem Ausland finanzierten Moscheen in der Schweiz ist der Präsident der Stiftung «Wakef», ein Muslim mit Verbindungen zu Radikalen, der vom französischen Geheimdienst als «militanter Islamist» eingestuft wird. Islamismus-Experten beurteilen diese Finanzierungen zurecht als höchst problematisch. Denn dass Länder wie Kuwait, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Katar mit diesen Zahlungen eine Strategie verfolgen, ist offensichtlich. Hier sollen Werte nach Europa und in die Schweiz exportiert werden, welche mit unserer freiheitlichen Demokratie nicht vereinbar sind. Wie «Zukunft CH» berichtet, zeigte eine Untersuchung von 53 Predigten in 14 Moscheen in Wien, dass das Gepredigte «Misstrauen und Feindschaft gegenüber der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft aufbaut». ■



Den Islamisten geht es darum, Grenzen zu verschieben, und je mehr man auf sie zugeht, umso mehr wollen sie sich nehmen. (Irakischer Flüchtling in «Die Welt», 24.10.2022)

► Beispiele für solche «Grenzverschiebungen» sind Köln und New York – Städte, in denen bereits der **Muezzinruf** durch die Strassen hallt. Wie der Bürgermeister im August 2023 bekannt gab, werden die New Yorker künftig an jedem Freitag sowie während dem Fastenmonat Ramadan mehrmals täglich per Lautsprecher in arabischer Sprache zum Gebet aufgefordert und daran erinnert, dass es «keinen anderen Gott als Allah» gäbe.

Meinungsfreiheit in Gefahr

Wer den politischen Islam kritisiert, wird «gecancelt»

Wer zu wenig «Toleranz» gegenüber den frauenunterdrückenden, antidemokratischen Doktrinen und Praktiken des politischen Islams zeigt, wird bekanntlich schnell als «islamophob» abgestempelt. Wer es trotzdem wagt, sich kritisch zu problematischen Aspekten des radikalen, politischen Islams zu äussern, muss mit massivsten Drohungen und Anfeindungen rechnen. So erhält der Islamismus-Kritiker Ahmad Mansour täglich Morddrohungen und Hassbotschaften. Ohne Polizeischutz kann sich Ahmad Mansour nicht mehr gefahrlos in der Öffentlichkeit bewegen.

Im September 2023 hat sich der Journalist und Islam-Kenner Constantin Schreiber dazu entschieden, nichts mehr zum Islam zu publizieren. Er konnte die ständigen Angriffe, die «Cancel Culture», aber auch die fehlenden Bekenntnisse zur Meinungsfreiheit in Journalistenkreisen nicht mehr ertragen. Solche und viele weitere Beispiele der letztem Jahre demonstrieren die Wichtigkeit, sich gegen die Machtansprüche des politischen Islams auch in Zukunft entschieden zur Wehr zu setzen. Genau deshalb braucht es das Egerkinger Komitee! ■

Heuchlerische Doppelmoral

Islamistischer
Terror



„Hat nichts
mit dem Islam
zu tun!“

Einzelne
Missbräuche
durch Priester



„Katholisches
Sonderproblem!“

IMPRESSUM

«Klarsicht»: Das Bulletin des Egerkinger Komitees | Redaktion: Anian Liebrand, Geschäftsführer
Egerkinger Komitee, 6000 Luzern (Vereinsadresse) | Tel. 041 490 10 36 | www.egerkingerkomitee.ch | info@egerkingerkomitee.ch
PC-Konto 89-105410-9 | IBAN: CH09 0900 0000 8910 5410 9